

Foto: © Gerhard Dilger



Brasilianische Metallgewerkschafter

Chinas Investitionen fordern Lateinamerika heraus

ThyssenKrupp in Rio: Bauen mit Chinesen

Vor einem Jahr schrillten in der Zentrale von Brasiliens Metallgewerkschaft CNM/CUT die Alarmglocken. ThyssenKrupp hatte den chinesischen Staatskonzern Citic mit dem Bau einer Kokerei für sein neues Stahlwerk im Bundesstaat Rio de Janeiro beauftragt. Der Pferdefuß dabei: Die Chinesen wollten dafür 600 ihrer Landsleute verpflichten. Eduardo Vieira vom regionalen Unternehmerverband Firjan zeigte Verständnis: „Wir müssen realistisch bleiben. Durch diese Maßnahme sinken die Lohnkosten auf die Hälfte“.

Kein verheißungsvoller Start für das „Jahrhundertprojekt“ (ThyssenKrupp) an der Bucht von Sepetiba, wo ab 2009 fünf Millionen Tonnen Rohstahl im Jahr produziert werden sollen –

jedenfalls für die brasilianischen Gewerkschafter. Sofort beschwerten sie sich bei der Regierung und aktivierten ihre internationalen Verbindungen.

CNM-Generalsekretär Valter Sanches gewann den Rückhalt seiner IG-Metall-Kollegen. Mittlerweile gibt er Entwarnung: Citic habe bislang gerade 48 Visa für chinesische Fachkräfte erhalten. Einige würden wohl noch hinzukommen, „doch das Arbeitsministerium legt die Visabestimmungen streng aus“. Thyssens Drei-Milliarden-Euro-Investition begrüßt der Gewerkschafter: „Während der Bauphase werden bis zu 18.000 Jobs geschaffen, und danach bleiben immer noch 3.500 direkte Arbeitsplätze und 3.000 bei Zulieferern.“

> Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | ThyssenKrupp in Rio:
Bauen mit Chinesen S.1

Kommentiert

- | Ein gutes Beispiel S.2

Vorgestellt

- | Muji Rahayu, Bernt Kamin-Seggewies S.3

Aus der Arbeitswelt

- | China nimmt Afrika unter Vertrag S.4
- | Der Preis für billiges Gemüse S.5
- | Siemens soll Grundrechte
für Arbeiter anerkennen S.6

Aus den Projekten

- | Verhandeln ist Neuland S.7

Notiert

- | Birma boykottieren; Kritik an Weltbank S.7
- Mord an Kollegen; Unilever vor OECD;
Solidarität mit der IG Metall S.8
- | Terminhinweise, Impressum S.8



Fortsetzung von Seite 1

Ein ebenso großes Stahlwerk soll bis 2011 im benachbarten Bundesstaat Espírito Santo entstehen. Der brasilianische Bergbaukonzern Companhia Vale do Rio Doce, der am Thyssen-Projekt mit zehn Prozent beteiligt ist, hat sich hierfür mit dem chinesischen Stahlmulti Baosteel zusammengetan. Der strebt Mehrheitsbeteiligung an. Dieses Joint Venture, bei dem die Chinesen federführend werden dürften, beobachtet Sanches mit gemischten Gefühlen: „Man kann ja nun wirklich nicht behaupten, dass es in China eine lebendige Gewerkschaftskultur gibt“.

„Es greift viel zu kurz, die chinesische Herausforderung auf Fragen des Lohndumpings zu reduzieren“, findet Alexandre de Freitas Barbosa. Für das CUT-Forschungsinstitut Observatório Social untersucht der Ökonom die wachsende Rolle Chinas in und für Lateinamerika. „Die Chinesen werden aus vielen Gründen immer wettbewerbsfähiger,“ hat er festgestellt, etwa wegen ihres riesigen Binnenmarkts und großen Produktionseinheiten, Steueranreizen, einer unterbewerteten Währung oder günstigen Krediten.

„Auf Lateinamerika hat das ganz unterschiedliche Auswirkungen, in jedem Land sieht das anders aus“, sagt Barbosa. Doch wegen des derzeitigen Rohstoffbooms würden volkswirtschaftliche Risiken oft unterschätzt, etwa das einer „regressiven Spezialisierung“ vieler Länder auf den Export von Agrarprodukten oder kaum veredelten Mineralien. „Es ist das neokoloniale Muster von Zentrum und Peripherie“, meint João Pedro Stedile von der Landlosenbewegung MST.

In Brasilien investieren die Chinesen nicht nur in Schwerindustrie und Bergbau, sondern auch in die Holzwirtschaft, den Maschinenbau, den Strom- oder Telekommunikationssektor. „Für den Arbeitsmarkt hat das aber noch keine größeren Folgen“, sagt Alexandre de Freitas Barbosa.

Seine Hauptsorge liegt woanders: „Wenn Brasilien durch die chinesische Konkurrenz geschwächt wird, könnte eine echte lateinamerikanische Integration unmöglich werden“. Doch für ihre Schwierigkeiten sollten die Latinos nicht China verantwortlich machen oder deswegen gar auf eigene Entwicklungsstrategien verzichten, meint der Forscher: „Wir müssen uns schleunigst über die Rolle des Staates in der Industrie- und Sozialpolitik klar werden.“

Gerhard Dilger



Link zu einer Studie des Konzerns:

www.lateinamerikaverein.de/_uploads/documents/1945_ThyssenKrupp-H%F6fken-100507.pdf

Ein gutes Beispiel globaler Solidarität

Der Vorgang um das ThyssenKrupp Stahlwerk in Brasilien zeigt: Durch die solidarische Zusammenarbeit in internationalen gewerkschaftlichen Unternehmensnetzwerken kann es gelingen, wichtige Unternehmensentscheidungen und deren Auswirkungen im Konzern gemeinsam mit lokalen Gewerkschaften und Betriebsräten im Sinne der Beschäftigten zu beeinflussen.

um nicht weniger als darum, Formen globaler Solidarität, Gegenmacht und Gestaltungsfähigkeit zu entwickeln und zu praktizieren. Denn nur durch gemeinsame Aktivität, Organisation und Mobilisierung von Belegschaften, die weltweit für den gleichen Arbeitgeber arbeiten, gelingt es, in einem Konzern für alle Beschäftigten menschenwürdige Arbeitsbedingungen und ein dem Ent-



Karikatur von Heng aus Lianhe Zaobao, Singapur

Das Beispiel belegt damit auch die Notwendigkeit des Aufbaus gewerkschaftlicher Netzwerke in anderen Konzernen. Die Gewerkschaften und Betriebsräte stehen hier vor einer großen und wichtigen Aufgabe. Es geht um nicht mehr und

wicklungsstand der Gesellschaft entsprechenden Entgelt durchsetzen.

Sicher: Oft führt schon der Versuch, eine gemeinsame Positionsbestimmung auf internationaler Ebene herbeizuführen, zu Schwierigkeiten. Zu unterschiedlich erscheinen auf den ersten Blick die Interessen der Beschäftigten an den einzelnen Unternehmensstandorten. Aber wie das genannte Beispiel zeigt, lohnt sich der Versuch. Denn im Ergebnis kann eine gewerkschaftliche Position stehen, die gemeinsame, allgemeine Interessen der Beschäftigten in allen Teilen der Erde nach vorne stellt und die Konkurrenz der verschiedenen Standorte überwinden hilft.

Detlef Wetzel



Der Autor ist der neu gewählte zweite Vorsitzende der IG Metall



Foto © IG Metall



Muji Rahayu

Deutlich werden

Muji Rahayu klopft auf ein Handy. „Wer weiß“, sagt sie, „vielleicht ist da auch ein Stück aus meiner Heimat drin.“ Soll sie stolz sein? Oder sich ärgern, weil das heißt: „Made in Indonesia“ war wieder mal billiger als „Made woanders“?

Muji Rahayu arbeitet für Lomenik, die Metall- und Elektronikgewerkschaft in einem der drei großen Gewerkschaftsbünde in Indonesien. Ihr Job: Die Jugend zu organisieren. Und Rechtsbeistand zu organisieren – wenn Betriebsteile ausgelagert werden und die Arbeiter neue, schlechtere Verträge unterschreiben sollen. Oder wenn Unternehmen sich ins Ausland absetzen, ohne vorher die Löhne auszuzahlen.

Ein schwieriger Job? „Ja“, sagt Muji Rahayu, „denn die Kräfte sind ungleich verteilt.“ Die Arbeiter haben kaum mehr als ihre physische Anwesenheit, um ihre Forderungen laut zu machen. Auf der anderen Seite stehen oft Polizei und Armee, die gegebenenfalls auch die Unter-

nehmen unterstützen. Wie in Cilegon, einem Power-Standort des Landes 85 Kilometer westlich von Jakarta mit Stahlwerken und petrochemischer Industrie. „Dort kamen die Soldaten auf das Betriebsgelände“, erzählt Muji Rahayu, „die Arbeiter hatten furchtbare Angst.“ Zu Recht – denn die Soldaten setzten Gewalt ein. „Wir haben protestiert“, erzählt Muji Rahayu. „Die Armee ist zum Schutz des Volkes da. Und nicht zum Schutz der Betriebe.“

Muji Rahayu hat Englisch studiert. An der Gewerkschaft gefällt ihr, dass da Leute sind, die kämpfen. Ihr Vater dagegen ist skeptisch. Gewerkschafter? Das sind für ihn die Gewaltbereiten, jene, die immer Ärger machen. „Quatsch“, sagt Muji Rahayu auf ihre feine, leise, höfliche Art. „Es ist für alle Beteiligten gut, wenn die Themen auf dem Tisch sind. Und die Gewerkschaften tragen dazu bei.“ Klar heißt das auch, deutlich zu werden. Ihre Augen blitzen, als sie das sagt. Sie ballt ihre kleinen Fäuste, die Mus-



Foto: © Kerstin Zimmer

Muji Rahayu

keln auf den schmalen Schultern spannen sich. Man ahnt: Wo keine friedliche Lösung in Sicht ist, da wird diese Frau zum Tiger.

Cornelia Gerlach

Bernt Kamin-Seggewies

Wie stark wir sind

Bernt Kamin-Seggewies nimmt kein Blatt vor den Mund. Woher ein Unternehmen kommt ist ihm egal. Wichtig ist der Umgang mit den Arbeitern, und der hängt von deren eigener Stärke ab. Das sieht man in Rotterdam, wo Chinesen den Hafen gekauft haben, sagt Kamin.

Der Vorsitzende des Hamburger Gesamthafenbetriebsrats ist stolz auf den Erfolg, mit dem Hafendarbeiter in ganz Europa eine Richtlinie der EU-Kommission abgewehrt haben. Danach hätten Reeder zum Entladen die Seeleute einsetzen können. Denen sei der Schreck in die Glieder gefahren, als es Arbeitsverweigerungen in 14 Ländern gleichzeitig gab, freut sich Kamin. Vorerst ist das „Port Package“ vereitelt. „Wie stark wir wirklich sind, wissen die ja nicht“, schmunzelt der Gewerkschafter, der in seinem Betrieb auch im Vorstand sitzt. Der Gesamthafenbetrieb beschäftigt 1300 Arbeiter, die je nach Bedarf im Hafen eingesetzt werden.

Bernt Kamin ist gelernter Schiffbauer und hat in den achtziger Jahren als Schaueremann auf pol-

nischen, tschechischen oder iranischen Schiffen gearbeitet. Engagiert in der Friedensbewegung, half er damals beim Aufbau einer Druckerei in Nicaragua. Solche Erfahrungen will er weiter geben: Mit Zuschuss vom Betrieb fahren alle zwei Jahre Lehrlinge nach Mittelamerika, damit sie die Arbeitsbedingungen kennen lernen.

Etwa zehn Wochen im Jahr ist er selbst unterwegs, um die Probleme der spanischen Docker zu erkunden oder in Südafrika über Aids zu diskutieren. Kamin vertritt für ver.di den Verkehrsbereich bei der Internationalen Transportarbeiterföderation. Häfen schaut er sich auch im Urlaub an – selbst wenn die bewaffnet bewacht werden, wie ein neuer Containerhafen in Guatemala. „Was dort gebaut wird, dient unseren Bedürfnissen nach Waren“, hat er gesehen. „Arbeitsplätze für Guatemalteken schafft das nicht“.

In Guatemala wurde Anfang des Jahres ein Gewerkschaftsführer der Hafendarbeiter von Todesschwadronen erschossen. Er hatte sich gegen die Privatisierung von Hafenanlagen eingesetzt.



Foto: © Cordula Kropke

Bernt Kamin-Seggewies

Kamins Kollegen in Hamburg sammelten Geld für seine Familie. Sie kennen das Problem. Auch in Hamburg haben sie die Privatisierung des Hafens zurückgedrängt. Vorerst.

Sigrid Thomsen



China nimmt Afrika unter Vertrag

China investiert in großem Stil auf dem afrikanischen Kontinent. Was die Regierungen begeistert, bringt afrikanischen Arbeitern wenig. Gewerkschafter im Kongo müssen sich neu aufstellen.

Würde man in der nordkongolesischen Stadt Kisangani in ein kleines Flugzeug steigen und Richtung Süden fliegen, dann hätte man das Gefühl, eine Urlandschaft zu entdecken, die seit Jahrtausenden nicht berührt wurde. Manchmal würde man ein Dorf erkennen, manchmal auch eine große Lichtung, aber nirgends wären Städte oder Straßen zu sehen.

Eine solche Flugverbindung jedoch existiert nicht. Es gibt nach Jahrzehnten des Staatszerfalls und des Krieges in der Demokratischen Republik Kongo auch keine Straße mehr, die in die isolierte Dschungelstadt Kisangani führt. Doch das soll sich nun ändern. Im September hat Kongos Regierung ein Abkommen mit China unterzeichnet, das eine 3400 Kilometer lange Asphaltstraße von Kisangani bis zur sambischen Grenze vorsieht. Außerdem soll eine Eisenbahn von den Bergbaugebieten im Süden bis zum Hafen Matadi im Westen gebaut werden, dazu 31 Krankenhäuser, 145 Gesundheitsstützpunkte und

zwei Universitäten. Peking sagte auch Geld für den Aufbau der desolaten Bergwerke zu, damit die gewaltigen Vorkommen an Gold, Kupfer, Kobalt, Coltan, Mangan, Zink, Zinn und Uran wieder gefördert werden können. Rund fünf Milliarden US-Dollar bezahlen die Chinesen. Im Gegenzug bekommen sie Lizenzen für den Abbau von Kupfer und Kobalt und den Einschlag tropischer Edelhölzer. Allein dazu braucht es die Straße nach Kisangani.

China hat inzwischen in jedem Land Afrikas investiert und ähnlich gewaltige Summen auch Angola, Sambia, Simbabwe, Nigeria oder Sudan gegeben. Seine Offensive im Kongo erfolgt nach einem festen Muster: Peking arbeitet dabei eng mit chinesischen Staatsunternehmen und privaten Firmen zusammen; die Staatsbanken geben die Kredite. Außerdem übernehmen die Chinesen nicht nur die Planung und Materiallieferung, sie bringen auch die eigenen Arbeiter mit. Es gehe dem asiatischen Land nur um das eigene Wirtschaftswachstum und die Sicherung von Rohstoffen, wird deshalb nicht nur von Menschenrechtsgruppen, sondern auch von westlichen Regierungen kritisiert. Sie sehen ihre Bemühungen um mehr Demokratie und weniger Korruption in Afrika gefährdet.

Tatsache ist, dass in der Regel nur drei von zehn Arbeitern bei solchen Bauprojekten aus Afrika stammen. Sie werden schlecht bezahlt und haben kaum Rechte. In Kongos Nachbarland Sambia zum Beispiel hat das Staatsunternehmen China Non Ferrous Metal Industry 1998 die Chambeshi-Mine gekauft. Der Vertrag sieht vor, dass die Chinesen keine Steuern in Sambia zahlen und für die Arbeiter keinerlei Sozialleistungen erbringen müssen. Sofort nach der Übernahme senkten die neuen Eigentümer die Löhne auf nur noch einen Dollar pro Tag und kappten die Krankenversicherung. Es kam auch schon öfters vor, dass die Arbeiter gar nicht bezahlt wurden.

Regelmäßig kommt es deshalb zu Protesten. Im Juli 2006 eskalierte eine solche Demonstration, als mehrere Hundert afrikanische Arbeiter vor die Wohnhäuser der chinesischen Manager gezogen waren und von dort aus geschossen wurde. Fünf Protestierende wurden damals schwer verletzt.

Auch im Kongo, wo die Chinesen eine Mehrheitsbeteiligung am staatlichen Bergbaukonzern Gécamines übernehmen, werden die Bedingungen für die afrikanischen Belegschaften nicht besser sein. Im Kongo aber sind die Arbeitnehmervertretungen seit Jahren in einem extrem desolaten Zustand. Jean Pierre Muteba von der Gewerkschaft La Nouvelle Dynamique Syndicale, die sich für die Rechte der Bergwerksarbeiter einsetzt, beklagte schon vor einiger Zeit: „Die Arbeitsbedingungen in den Bergwerken sind schlicht inhuman. Die Arbeiter müssen mehrere Monate ohne Lohn auskommen oder werden einfach entlassen. Sie haben keine ausreichende Schutzkleidung – auch dann nicht, wenn sie mit uranverseuchten Produkten arbeiten.“ Neben der extrem hohen Arbeitslosigkeit besteht laut Muteba noch ein weiteres Problem: „Es gibt leider mehrere Gewerkschafter, die aufgrund der allgemeinen Misere sich sehr leicht bestechen lassen und nicht mehr die Interessen der Arbeiter vertreten.“ Solange sich das nicht ändert, werden die Chinesen auch im Kongo keine Rücksicht auf die afrikanischen Arbeiter nehmen müssen.

Michael Bitala



Link zu einer Studie über Chinas Aktivitäten in Afrika:
www.giga-hamburg.de/dlcounter/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_global_0701.pdf



Foto: © Christoph van Edig

Inhumane Arbeitsbedingungen: Bergwerk im Kongo



Foto: © Jörn Breiholz

Gewerkschaftsführer Spitou Mendy stellt sich vor Migranten aus Marokko

Der Preis für billiges Gemüse

Afrikanische Wanderarbeiter bauen im Süden Spaniens Gemüse für Europa an. Während die Früchte unter riesigen Plastikplanen reifen, sind die Arbeiter polizeilicher Willkür ausgesetzt. Sie haben keine Rechte, aber eine Gewerkschaft.

Ein Dutzend marokkanische Männer stehen im Kreis, die Hände demonstrativ vor dem Brustkorb verschränkt. Einige scharren nervös mit den Füßen. Erst als Spitou Mendy von der Gewerkschaft zu sprechen beginnt, löst sich die Anspannung langsam. Davon haben die Männer hier schon gehört, einige sind Mitglied. Vielleicht, wenn sie alle zusammenstehen, kann die Gewerkschaft ihre Situation verbessern.

Etwa 50 marokkanische Wanderarbeiter leben in Nijar in abbruchreifen Baracken und aus Plastikplanen selbst gebastelten Zelten. Sie kommen mit unterschiedlichsten Biografien vom Analphabeten bis zum Physiker, doch sie alle eint, dass sie hier teilweise schon seit drei Jahren auf den Gemüsefeldern in der Provinz Almería arbeiten. „Aber offizielle Papiere“, sagt Spitou Mendy, der Gewerkschafter von der andalusischen Arbeitergewerkschaft SOC, „hat hier keiner“. Der kräftige Afrikaner ist in seinem klapprigen Gewerkschaftsauto hergefahren, weil er davon gehört hat, dass die Guardia Civil hier vor drei Tagen eine Razzia durchgeführt hat. Mendy, 44 Jahre alt, kommt aus dem Senegal. Er weiß aus eigener Anschauung, dass die spanischen Militärpolizisten nicht zimperlich sind: „Sie schlagen zu, und manchmal stehen sie das Geld der Papierlosen“.

Vor sieben Jahren hat Spitou Mendy selbst als Wanderarbeiter in Almería angefangen. Fast 40.000 Hektar Gemüse werden hier zum Schutz vor Wind und Sonnenstrahlen unter Plastikplanen angebaut. Der studierte Literaturwissenschaftler hat es im Laufe der Jahre geschafft, die begehrten spanischen Aufenthaltspapiere zu bekommen. Jetzt setzt Mendy sich als hauptamtlicher Gewerkschafter für die „sin papeles“, die papierlosen Wanderarbeiter aus Afrika, ein, die im Plastikmeer rund um Almería versuchen, festen Boden auf europäischem Grund zu finden. „Die spanischen Betreiber der Gemüseplantagen beuten die Papierlosen aus. Sie zahlen ihnen manchmal nur 20 Euro am Tag“, sagt er. Mehrere zehntausend ernten hier in der Saison auch das billige Discountergemüse für den deutschen Markt.



Gemüseanbau unter Plastikplanen

Was kann er für die Marokkaner tun, die keine offiziellen Papiere haben? „Das gestohlene Geld werden wir wohl nicht wieder bekommen“, sagt der Gewerkschafter. „Aber für diejenigen, denen ihr Chef noch Geld schuldet, können wir kämpfen und vor Gericht gehen.“ Es braucht kräftige Männer wie Spitou Mendy, um den afrikanischen Wanderarbeitern zu helfen. Denn hier sind auch schon Gewerkschafter umgebracht worden, wenn sie zu laut gegen die Missstände protestiert haben. Sein Vorgänger zum Beispiel.

Jörn Breiholz

 Weitere Informationen: www.schweiz.attac.org/kampf-der-landarbeiterinnen-fur

Wen wir wollen

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat den Vorschlag der EU-Kommission, eine „Blue Card“ für hoch qualifizierte Arbeitsmigranten einzuführen, mit Skepsis quittiert. Immigration sei keine einfache Lösung für Engpässe auf dem Arbeitsmarkt oder demografische Veränderungen, sagte EGB-Generalsekretär John Monks im Oktober in Brüssel. Investitionen in die Ausbildung von Arbeitslosen – auch solchen mit Migrationshintergrund – müssten erste Priorität haben. Die „Blue Card“ dürfe nicht zum Senken der Standards für Beschäftigte benutzt werden, warnte der EGB. In der Praxis könne eine Unterscheidung zwischen „solchen, die wir wollen“ und „solchen, die wir nicht wollen“, schwierig werden. (IGB)



Siemens soll Grundrechte für Arbeiter anerkennen



Foto: © Hagen Reimer

Beschäftigungsbedingungen angleichen: Arbeitnehmervertreter aus 17 Siemens-Standorten diskutierten in Frankfurt über Konzernpolitik

„Einen guten Startschuss“ bescheinigten Siemens-Beschäftigtenvertreter aus zwölf Ländern ihrem Vorhaben, durch verbesserte Kommunikation mit der Internationalisierung des Managements Schritt zu halten. Das war vor zwei Jahren. Beim dritten Treffen im Oktober 2007 gab es mehr Arbeit für sie denn je.

475.000 Beschäftigte in rund 190 Ländern zählt Siemens heute; der Schwerpunkt verschiebt sich von Deutschland und Westeuropa nach Osteuropa und Asien. Für Siemens logische Folge globaler Entwicklungen, stellt dies die Arbeitnehmervertreter vor große Herausforderungen: Zum einen unterliegt der heterogene Konzern ohnehin stetem Wandel, der die Übersicht erschwert. Zum anderen reicht die Spanne der Interessenvertretungen von „faktisch nicht existierend“ bis zum hohen Standard im Heimatland Deutschland. Jetzt plant die Unternehmensspitze eine strategische Neuausrichtung: das globale „Corporate Human Capital Management“.

Themen gab es also reichlich für die Arbeitnehmervertreter aus mittlerweile 17 so unterschiedlichen Ländern wie Deutschland, den USA und Indien, die jetzt in Frankfurt zusammen kamen. Ihr Dreh- und Angelpunkt ist die Kommunikation, das ist angesichts der unterschiedlichen nationalen Handlungsmöglichkeiten allen klar.

Über die Pläne zur Neuausrichtung etwa, die in jedem Land massive Veränderungen für Standorte und Beschäftigung bedeutet, sind Betriebsräte in Indonesien bislang ebenso wenig informiert wie ihre Kollegen in Finnland. Das Management dort ist jedoch längst eingeweiht. An dieser Informationslücke wird eine wesentliche Funktion des internationalen Treffens deutlich. Der Vorsitzende des Europabetriebsrats „Siemens Europe Committee“ Werner Mönies betont: „Die Arbeitgeberseite ist global aufgestellt. Auf unserer Ebene müssen wir Informationsunterschiede ausgleichen, damit nationale Betriebsräte und Gewerkschaften überhaupt erst eine Grundlage haben, auf der sie mit dem Management diskutieren und ihre Möglichkeiten beraten können.“

Eine zweite Kernfunktion der internationalen Arbeit ist die Bemühung, langfristig die Standards von Beschäftigungsbedingungen anzugleichen. Die Unterschiede sind enorm: So verdient ein Siemens-Facharbeiter in Indonesien im Jahr umgerechnet 1.035 Euro, sein Kollege in Dänemark dagegen 40.000 Euro.

Einen ersten großen Schritt fordern die Teilnehmer des internationalen Workshops von Siemens in ihrer gemeinsamen Erklärung: Die weltweite Anerkennung grundlegender Arbeitsrechtsstandards wie der Kernnormen der Internationalen

Arbeitsorganisation und der Leitsätze der OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development) für multinationale Unternehmen.

Hagen Reimer



Link zum „Siemens Dialog“ der IG Metall:
<http://dialog.igmetall.de/Home.5.0.html>

Geringe Geldbuße

Transparency International hat die Geldsumme als zu niedrig kritisiert, mit der Siemens für selbst eingestandenes „Fehlverhalten“ im Bereich Kommunikation büßen muss. Die Staatsanwaltschaft München hat die Ermittlungen wegen Korruptionsverdachts eingestellt. Siemens wurde die Zahlung von 450 Millionen Euro an Bestechungsgeldern für Aufträge vorgeworfen. Nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz muss der Konzern nun die Höchstsumme von einer Million Euro an Geldbuße und 200 Millionen Euro an „Gewinnabschöpfung“ aufbringen. Der stellvertretende Vorsitzende von Transparency Deutschland, Peter von Blomberg, sagte dazu: „Von Strafe und Abschreckung kann nicht die Rede sein, wenn nur Teile des Gewinns abgegeben werden müssen. Unternehmen, die mit Korruption Geschäfte machen, müssen spürbar bestraft werden“. (TI)



Verhandeln ist Neuland

Vietnams Arbeitnehmer haben sich noch kaum an die Bedingungen der Marktwirtschaft gewöhnt. Noch gibt es etwa 3000 Staatsbetriebe, deren Umwandlung in Aktiengesellschaften die Regierung vor kurzem verordnet hat; noch sind 65 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Einige Industriezweige jedoch, deren Produkte auf dem Weltmarkt reißenden Absatz finden, verzeichnen Zuwachsraten von bis zu 20 Prozent. Dazu gehört die Textilindustrie im Süden des Landes, die mit insgesamt zwei Millionen Beschäftigten vor allem Aufträge für ausländische Unternehmen übernimmt. Auch in der Schuhproduktion arbeitet eine halbe Million Menschen für multinationale Konzerne, 80 Prozent davon Frauen. In solchen Betrieben gab es in den vergangenen beiden Jahren in Vietnam jede Menge wilde Streiks – um Löhne, um bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz.

rialien und didaktischen Methoden. In Vietnam arbeitet das Bildungswerk des DGB zum ersten Mal in einem Land, das grundlegende Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation noch nicht unterzeichnet hat – die über Vereinigungsfreiheit zum Beispiel, oder die über das Recht auf kollektive Verhandlungen.

Neuland ist das auch für die Kollegen in Vietnam. Sie sind noch gefangen im Widerspruch zwischen Staatsloyalität und Interessenvertretung. Manche bekommen von ihren Arbeitgebern nicht einmal die Erlaubnis zur Teilnahme an solchen Seminaren. „Das neue Arbeitsgesetz habe ich hier zum ersten Mal gesehen“, berichtet ein Teilnehmer nach einem Lehrgang. Für die Verhandlung mit ihren Chefs oder die Organisation ordentlicher Streiks fühlen sie sich danach besser ausgerüstet. Moderne didaktische Methoden stoßen jedoch bei manchen an



Foto: © Nina Berg

Vietnamesische Gewerkschafter lernen Unterrichtsmethoden im Hamburg

Um ihre Interessen richtig vertreten zu können, müssen sich Gewerkschafter mit kollektiven Abkommen auseinandersetzen, mit der Schlichtung von Streit, aber auch mit Mitarbeiterführung und dem Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzes, nach dem Arbeitnehmer jetzt betriebliche Delegierte für die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern wählen dürfen. Dabei hilft ihnen das Bildungswerk des DGB. Es unterstützt entsprechende Seminare in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Bund der Werkstätigen und beteiligt sich auch an der Entwicklung von Lehrmate-

Grenzen: Sie sind es gewohnt, dass der Lehrer sagt, was richtig und falsch ist – und wollen das auch als Lehrende tun, wie sich zu Jahresbeginn bei einem Seminar mit gewerkschaftlichen Multiplikatoren in Hamburg herausstellte.

Für das Jahr 2008 hat der vietnamesische Gewerkschaftsbund mit dem Bildungswerk die Beschäftigung mit der sozialen Verantwortung von Unternehmen auf die Tagesordnung gesetzt und will prüfen, wo es Verhaltenskodices oder andere Vereinbarungen gibt – Neuland auch das.



Guy Ryder

Foto: © IGB

Birma boykottieren

Birmas Gewerkschaftsbund FTUB hat im Oktober erneut den Abzug von ausländischen Investitionen gefordert, um das Militärregime unter Druck zu setzen. Der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), Guy Ryder, hat daraufhin weltweit 430 registrierte Unternehmen angeschrieben, um sie zum Boykott zu bewegen. Grund sei die Verschlechterung der Lage der Bevölkerung trotz der Investitionen; nur die Militärregierung und wenige Anhänger profitierten davon. „Die birmanische Junta, die schon seit Jahren für Morde, Folter, Zwangsarbeit in großem Umfang und die völlige Unterdrückung der Bevölkerung verantwortlich ist, bereichert sich in Milliardenhöhe, und jedes einzelne Geschäft trägt dazu bei, die Taschen der Generäle zu füllen“, kommentierte Ryder die Aktion.

Kritik an Weltbank

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat einen Jahresbericht der Weltbank kritisiert, nach dem der Abbau von Arbeitnehmerrechten zur Schaffung von Arbeitsplätzen führe. In der Weltbankpublikation „Doing business 2008“ wird behauptet, die Aufhebung von Arbeitszeitbegrenzung und Kündigungsschutz bei Massenentlassungen sowie die Senkung von Mindestlöhnen seien der beste Weg zu wirtschaftlichem Wachstum. Eine neue Untersuchung von IGB und Global Unions wirft der Weltbank vor, Länder wie Afghanistan oder Georgien für „die Beschäftigung von Arbeitnehmern“ zu loben, deren Arbeitnehmerrechte minimal seien. Die Weltbank habe noch nie Anhaltspunkte für die Existenz einer derartigen Verbindung vorgelegt, sagte IGB-Generalsekretär Guy Ryder. Die Gewerkschaften befürchten, dass die Deregulierungs-ideologie der Weltbank ihre Kreditbedingungen beeinflusst. Viele afrikanische Länder müssten ihre Mindestlöhne auf weniger als einen Dollar pro Tag festlegen, wenn sie sich danach richteten.

 Link zum IGB: www.ituc-csi.org



Notiert

Sozialer Dialog



Wie es um die Entwicklung der Volkswirtschaften und des Sozialen Dialogs in Südosteuropa und der Türkei bestellt ist, steht im Mittelpunkt einer kürzlich veröffentlichten Studie. Sie wurde herausgegeben vom Bildungswerk des DGB in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Metallarbeiterbund und der Gemeinsamen Arbeitsstelle der IG Metall mit der Ruhr-Universität Bochum. Auf 40 Seiten, illustriert mit vielen Grafiken und Tabellen, werden die ökonomischen Strukturen und die Arbeitsbeziehungen von Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Mazedonien und der Türkei miteinander verglichen. Fazit ist, dass der Soziale Dialog zwar überall institutionell verankert ist, die Umsetzung sich jedoch schwierig gestaltet. Die Studie ist das Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung eines EU-Projekts unter dem Titel „Stärkung des Sozialen Dialogs in der Region Südosteuropa unter Anwendung von CSR-Instrumenten“.

Mord an Kollegen

Wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements wurden im Jahr 2006 weltweit 144 Menschen umgebracht und 800 geschlagen und gefoltert. Das ist die Bilanz eines im Oktober veröffentlichten Berichts des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), der sich im Einzelnen mit fast 5000 Verhaftungen und 8000 Entlassungen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern beschäftigt. Im Jahr 2006 wurden 484 neue Verhaftungen registriert. In vielen Ländern halten die Repressionen auch 2007 weiter an.

Die meisten Morde wurden in Kolumbien verübt: 78 Gewerkschafter fielen dort überwiegend Todesschwadronen zum Opfer, deren Taten nicht einmal verfolgt werden. Auf den Philippinen kamen 33 Menschen ums Leben, die sich für Gewerkschaftsrechte eingesetzt hatten. Unterdrückt wurden unabhängige Gewerkschaften in Weißrussland, Birma, China, Kuba, Äquatorialguinea, dem Iran, Nordkorea und einigen Golfstaaten. In China und Simbabwe kamen viele Gewerkschafter in Haft.

Wegen Gewerkschaftsbekämpfung im indischen Bundesstaat Assam gibt es eine neue Beschwerde gegen die Firma Unilever bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD. Die Betriebsleitung von Hindustan Unilever hatte im Juli 700 Gewerkschaftsmitglieder während eines Konflikts über den Tarifvertrag ausgesperrt. Sie wollte sie im September nur wieder auf das Firmengelände lassen, wenn sie schriftlich ihren Austritt aus der Gewerkschaft und den Beitritt zu einer Firmengewerkschaft erklärten. Zur Durchsetzung dieser Strategie wurden Sicherheitskräfte am Werkstor eingesetzt.

[Link zum IGB-Bericht: survey07.ituc-csi.org](http://survey07.ituc-csi.org)

Unilever vor OECD

Die internationale Gewerkschaft in der Lebensmittelindustrie IUL hat den Fall vor die Nationale Kontaktstelle der OECD in Großbritannien gebracht. Nach deren Richtlinien für multinationale Unternehmen müssen auch ausländische Tochterfirmen transnationaler Unternehmen Gewerkschafts- und Menschenrechte einhalten.

Die internationale Gewerkschaft in der Lebensmittelindustrie IUL hat den Fall vor die Nationale Kontaktstelle der OECD in Großbritannien gebracht. Nach deren Richtlinien für multinationale Unternehmen müssen auch ausländische Tochterfirmen transnationaler Unternehmen Gewerkschafts- und Menschenrechte einhalten.

[Link zum Wortlaut der IUL-Eingabe: www.iufdocuments.org/www/documents/OECDUnileverAssam.pdf](http://www.iufdocuments.org/www/documents/OECDUnileverAssam.pdf)

Solidarität mit der IG Metall

Der Präsident von Brasilien, Luiz Inácio Lula da Silva, hat in einem Grußwort an den Gewerkschaftstag der IG Metall in Leipzig die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften beider Länder gelobt. „Die IG Metall stand in den wichtigsten Momenten Seite an Seite mit den brasilianischen Metallgewerkschaften“, heißt es in seiner Grußbotschaft, die auch die Unterstützung bei der Demokratisierung Brasiliens würdigt. Lula da Silva, der früher der Metallgewerkschaft von Sao Bernardo do Campo und Diadema vorstand, hob besonders das Austauschprogramm für junge Gewerkschafter aus beiden Ländern hervor. Dadurch lernten die jungen Kolleginnen und Kollegen die Wirklichkeit der jeweils anderen kennen und bauten Organisationsnetzwerke auf. Damit werde die Internationalisierung des Kampfes für bessere Arbeitsbedingungen und Chancengleichheit voran gebracht. Im Namen des brasilianischen Volkes drückte Lula da Silva der IG Metall „unbegrenzte Solidarität“ aus.

Termine

08.–10.02.2008

Was hat Europa mit mir zu tun?

Die Europäische Verfassung, die Lissabon-Strategie und die Dienstleistungsrichtlinie sind konkrete Ausflüsse einer neoliberalen Europapolitik – doch was heißt das?
| Bildungszentrum HVHS Celle/Hustedt

24.–29.02.2008

Meine Kollegin lebt in einem anderen Sozialstaat: Die Auswirkungen des europäischen Sozialrechts, Soziale Sicherungssysteme als Ausgangspunkt für Umstrukturierungen – für Betriebsräte mit Europabezug
| DGB Tagungszentrum Hamburg-Sasel

Anmeldung und Informationen:

www.dgb-bildungswerk.de

Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Sigrid Thomsen
Layout: Meike Range
Druck: WAZ-Druck auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk e.V. | Nord Süd Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 02 11/4 30 13 20, Fax: 02 11/4 30 15 00
e-mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
Internet: www.nord-sued-netz.de

**Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11**



DGB BILDUNGSWERK